



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XV/81 - 6. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nachklänge ...</u> Von Immobilismus in der "deutschen Frage"	44
2	<u>Sukarnos Weltreise des "Guten Willens"</u> Indonesiens Staatspräsident bei Tito Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	44
3 - 4	<u>Bergen-Belsen - Mahnung und Aufgabe</u> Zur bevorstehenden Feier des KZ-Befreiungstages	58
5	<u>Oberländer</u> Die Verantwortung der CDU/CSU	38
6	<u>An "deutscher Psychologie" gescheitert</u> Der "kranke" Bonner Professor Dr. Sander	43

* * *

Nachklänge ...

Vom Immobilismus in der "deutschen Frage"

G.M. - Wir vernehmen aus Washington, daß dort der französische Botschafter die Versicherung abgegeben hat, de Gaulle sei bei seinen Gesprächen mit Chruschtschow in der deutschen Frage "fest" geblieben. Das klingt gut, doch sollte man sich in Bonn trotz der über diese Nachricht aus Washington geäußerten Freude darüber klar sein, was sie in Wirklichkeit bedeutet.

Nach französischer Auffassung heißt "festbleiben" in diesem Falle die Bestätigung des Status quo in Europa und der mehr oder weniger offen ausgesprochene Verzicht auf den Versuch, mehr zu tun, als sich mit dem vorhandenen Zustand der Teilung Europas abzufinden. Das offizielle Bonn mag daher mit der Erklärung aus Washington zufrieden sein. Die "deutsche Frage" darf sich aber nach unserer Auffassung nicht in der immer wiederholten Betonung erschöpfen, daß die Bundesrepublik dem Begriff "Deutschland" gleichzusetzen sei.

Allzu oft wird bei uns vergessen, wie notwendig es ist, den gesamtdeutschen Komplex immer wieder im Rahmen der internationalen Politik zur Sprache zu bringen. Unterläßt man dies, so wird dann früher oder später bei unseren westlichen Freunden der Eindruck vorzuherrschen beginnen, auch wir begnügten uns mit dem Begriff "Bundesrepublik", während wir in Wirklichkeit doch Deutschland meinen.

Oft sieht es so aus, als sei der Immobilismus in der Deutschland-Politik zur Norm der internationalen Politik geworden. Wer derartige Strömungen unterstützt, leistet bewußt oder unbewußt Herrn Chruschtschow Hilfe in seiner Absicht, die sogenannte Zwei-Staaten-Theorie der ganzen Welt näherzubringen. Wir schrieben kürzlich einmal, daß de Gaulle trotz seiner oft erstaunlichen Gedankenkonstruktionen das Wort "Realität" sehr schätzt. In diesem Falle und in der Betonung des festen Standpunktes zur Deutschland-Frage liegt ihm sicher daran, die mit Chruschtschow kürzlich ausgetauschten Gedanken über "Realitäten in Europa" als die französische Politik darzustellen. Nicht zufällig war de Gaulle der erste westeuropäische Staatsmann, der den Polen sagte, er erkenne die jetzige Oder/Weißer-Grenze an ...

Bestärkt wird der französische Staatspräsident in seiner Haltung durch Männer wie Hallstein, die den französischen Wünschen nach Beschleunigung der EWG-Vereinbarungen ohne Rücksicht auf die Entwicklung zur EFTA sehr entgegenkommen. Das Europa der Sechs zu zementieren, ohne dabei zu beachten, wie sich der übrige Teil Europas dazu verhält, ist ein Stück jenes Immobilismus, in dem sich auch die Aufrechterhaltung der Spaltung Europas und Deutschlands ausdrückt. Aufgabe einer wirklichen deutschen Politik ist es, kräftig bei der Überwindung des Immobilismus zu helfen und im Sinne eines Gesamt Europa und damit der gesamtdeutschen Lösung der europäischen Fragen wirksam zu werden.

+ + +

Sukarnos Weltreise des "Guten Willens"

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nachdem Indonesiens Staatspräsident Sukarno die Zügel in seinem Land gestrafft und fester in seine eigenen Hände genommen hat, scheint ihm die innenpolitische Situation sicher genug, um seine zweimonatige Abwesenheit zu gestatten. In dieser Zeit nämlich wird der Indonesier während einer "Weltreise des guten Willens" eine große Anzahl politisch-wirtschaftlich sehr verschieden strukturierter Länder Asiens, Europas, Afrikas und Nordamerikas besuchen.

Zu einer der bevorzugten Stationen wird auch Jugoslawien gehören, wo es ein wiederholtes Zusammentreffen zwischen Sukarno und Staatspräsident Tito geben wird. Noch vor der Abfahrt Präsident Sukarnos aus Indonesien hat der ihn begleitende Außenminister Subandrio unterstrichen, die indonesische Delegation werde die wichtigsten Gespräche in Indien, der Vereinigten Arabischen Republik und Jugoslawien führen. Dies ruft jene Konstellation in Erinnerung, die in der Zeit eines verstärkt vordergründiger Werbans um die Blocklosen Staaten zu einem der wichtigsten Aspekte der Weltpolitik gehört hat.

Zweifellos gehört ein solches Bemühen - wie die Reise des US-Präsidenten Eisenhower in eine Reihe asiatischer Länder und die kurz darauffolgenden Besuche seines sowjetischen Gegenspielers Chruschtschow in der gleichen Region beweisen - noch nicht der Vergangenheit an. Das sich jedoch einst stärker abzeichnende gemeinsame Auftreten der Blocklosen gegenüber Ost und West hat sich infolge der veränderten Werbemethoden der Großen in spezifische Haltungen eines jeden der betreffenden Länder aufgelöst.

Wäre es noch vor Jahresfrist undenkbar gewesen, daß Sukarno aus dem vom Ostblock heftig angegriffenen Jugoslawien direkt in die Ostblockstaaten reist, so illustriert die ihm von Jugoslawien nach Bulgarien, Rumänien und Ungarn führende Reiseroute am deutlichsten den in der Zwischenzeit erfolgten politischen Wandel.

Spekulationen über eine erstrebte Schaffung eines "dritten Blocks" unter der möglichen Führung Indiens, der Vereinigten Arabischen Republik, Indonesiens und Jugoslawiens hatten schon stets infolge der dafür mangelnden wirtschaftlichen Basis der vorwiegend ökonomisch schwach entwickelten blocklosen Länder wenig echte Voraussetzungen. Allein die politische Verschiedenheit der Stationen der Sukarnoreise machen deutlich, daß für diese Reise solche Ideen noch weniger Inhalt besitzen als jemals zuvor.

Wenn der indonesische Staatspräsident trotzdem den Schwerpunkt seiner Reise des Guten Willens auf die Stationen Neu-Delhi, Kairo und Belgrad setzt, so dürfte diesmal in den politischen Gesprächen in diesen Hauptstädten die in letzter Zeit unterstrichene Bedeutung eines erweiterten Teilnehmerkreises bei den Gipfelgesprächen, die der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow bei seinem Besuch in Indonesien prinzipiell anerkannt hatte, das sicherliche wichtigste Thema sein.

Bergen-Belsen - Mahnung und Aufgabe

W.Sch. - Starke Delegationen der SPD aus allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlin werden sich am 10. April in Bergen-Belsen an der Gedenkfeier zum 15. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslagerhäftlinge beteiligen. Für den SPD-Vorstand wird der SPD-Bundestagsabgeordnete Franke, SPD-Bezirksvorsitzender Hannover, einen Kranz am internationalen Mahnmahl niederlegen. Hauptsprecher der Feiernveranstaltung sind der niedersächsische Innenminister Bonnenmann (SPD), der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Boehm, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. van Dam und Fritz Wulfert für den Verband verfolgter Sozialdemokraten.

Man darf sich heute fragen: Welchen Nachhall weckt der Name Bergen-Belsen im bundesdeutschen Gemüt? Ist er in seiner ganzen Schicksalschwere wirklich von uns allen jemals vernommen worden? Oder wird er doch nur mit verdrossener Duldung registriert, sobald ein offizieller Gedenktag an die Schrecknisse mahnt, die vor gar nicht so langer Zeit furchtbare Wirklichkeit gewesen sind an dieser Stätte? Gehört er für die Meisten unter uns etwa in die Kategorie der Misslichkeiten und Zumutungen aus der gottlob vergangenen und vergessenen Zeit des Zusammenbruchs und der ersten Kriegsfolge-Misere? Denn damals war es ja, dass die von der braunen Tyrannei zumeist arglistig in versteckten gehaltenen Orten des Tötens durch Gewalt und des Tötens durch Hunger namhaft gemacht werden konnten.

Inmerhin durfte es geschehen, dass sich bald schon solches Vergessen auszubreiten versuchte und bei diesem Versuch auf beschämend geringen Widerstand stieß. Denn trotz feierlicher Erklärungen, trotz würdiger Kenntlichmachung des unter der Namenlosigkeit vielsätziger Zahlen sich mehrenden Gräberfeldes und trotz Errichtung eines hohen, mahnenden Obelisk. schien es wenig später, als sei hier das grosse Nicht-mehr-wissen-ollen eingezogen, jene Sinnesart, die der frechen Behauptung des überhaupt-nicht-gewesenseins auf so fatale Art verwandt ist.

Damals bedurfte es der Hinweise, der Veröffentlichungen und der Aufrufe, um den schon sichtbar werdenden Verfall dieser Gedenkstätte aufzuhalten, zu der sich nur noch wenige auf den Weg machten. Gewiss, das besserte sich wieder. Nicht zuletzt war es der Schatten der Anne Frank, der in der Folgezeit deutsche Jugendliche in großer Zahl nach Bergen-Belsen zog, nach eben jenem Stückchen sandigen Bodens, wo die als Deutsche geborene junge Holländerin zugrundegegangen ist.

Das aber geschah vor etwas mehr als fünfzehn Jahren, eine Zeitspanne, die sich ziemlich genau mit jener deckt, die diesem einen Menschenleben zugemessen war. Wie jung also ist auch diese Vergangenheit noch. Das gilt es sich ins Bewußtsein zu rufen, wenn am kommenden Sonntag wiederum eine Begegnung mit dem Ernst auf dem vom tiefsten menschlichen Elend erzählenden Heidegrund stattfindet, wenn sich dort Politiker und offizielle Abordnungen mit solchen Menschen treffen, die selber einmal gerade noch einem Schicksal entgangen sind, wie es an dieser Stelle Zehntausenden beschieden war.

Da aber während der letzten Monate nicht nur eine Welle von tief beschämender Unverantwortlichkeit durchs Land ging, sondern auch eine grössere Gegenwelle erschrockenen Gewarntseins und entschlossener Besinnung, so dürfte die Zusammenkunft am Mahnmahl in Bergen-Belsen diesmal eines besonderen Aspektes nicht entbehren. Es hätte sein Gutes, wenn er dazu beitragen vermöchte, das mit dieser Stätte verknüpfte Gedenken aus dem Bereich des nur Erinnerung zu lösen und uns als eine Aufgabe erkennen liesse, die es ständig auf neue zu erfüllen gilt.

+ + +

Oberländer

ler - Man kann sicher sein: die im Anschluß an zwei sozialdemokratische Anträge im Bundestag zu erwartende Debatte um den Minister für Vertriebene und Flüchtlinge, Prof. Oberländer, wird die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes beanspruchen. Der Antrag der SPD, einen Untersuchungsausschuß gegen einen antisemitischen Bundesminister einzusetzen, ist einmalig in der Geschichte der jungen parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik. Oberländer hat diesen für ihn nicht gerade ehrenreichen Vorgang durch sein Verhalten selbst verschuldet. Wäre er, wie es Anstand und auch ein bißchen Selbstachtung geboten hätten, vor Monaten zurückgetreten, würde es einen "Fall Oberländer" wohl nicht mehr geben, er wäre aus der Titelseiten der Weltpresse verschwunden. Der Vertriebenen- und Flüchtlingsminister hat leider diesen Weg nicht gewählt: Er blieb und bleibt auf seinem Posten, obwohl er wissen mußte, daß er mit jedem weiteren Tag seiner Ministerherrlichkeit dem Ansehen der deutschen Demokratie schadet und den Feinden dieser Demokratie und der Bundesrepublik täglich Munition liefert. Geht ihm, dem Vielgewandten und Wandelbaren, jedes Empfinden dafür ab? Stellt er seine Person über das Gebot politischer Notwendigkeiten?

Alle Gründe sprechen heute für den Ausscheiden Oberländers aus dem politischen Leben. Sein Abgang ist ein unerläßlicher Akt der Selbstreinigung der deutschen Demokratie. Die CDU/CSU sollte sich schon aus staatspolitischen Gründen einem solchen Gebot nicht versagen. Parteipolitische Lortbeeren sind für die sozialdemokratische Opposition aus dieser Auseinandersetzung gewiß nicht zu erwarten, ihr Vorstoß gegen Oberländer geschieht auch nicht aus der Erwägung, über ihn der Regierungspartei eine Schlappe zuzufügen zu wollen. Es gibt ja auch viele aufrichtige Männer und Frauen in der CDU/CSU-Fraktion, denen Oberländer als Fremdkörper erscheint, nicht, weil er einmal führender Nationalsozialist gewesen ist, sondern weil er von seinen damaligen politischen Überzeugungen noch nicht abgerückt ist. Das mag seine höchstpersönliche Angelegenheit sein, nur ist sie unvereinbar mit der Stellung und Würde eines Bundesministers. Oberländer, dieses Symbol einer schändlichen Epoche der deutschen Geschichte, geht uns alle an, als intellektueller Miturheber der Völkervertreibungen in Mitteleuropa gehört er heute zu den stärksten Belastungen der Bundesrepublik. An ihm entzündeten sich die antideutschen Ressentiments. Dies allein müßte die Regierungspartei bewegen, sich von einem Manne zu trennen, dem zwar die Vergangenheit gehörte, dem aber um unser aller willen eine politische Zukunft versagt bleiben sollte.+++ -6-

An "deutscher Psychologie" gescheitert

K.v.K. - Bern

In Bonn soll im Juli dieses Jahres der Kongress der "Internationalen Union der wissenschaftlichen Psychologen" stattfinden. Der Vorsitzende der Bonner Organisation dieser Internationalen Union, der Ordinarius für Psychologie, Prof. Dr. Friedrich Sander, hat plötzlich aus "Gesundheitsrücksichten" seinen Rücktritt von der Leitung der Union erklärt.

Die "Krankheit" von Prof. Dr. Sander ist die Folgeerscheinung einer bei ihm 1937 festgestellten hochgradigen "Nazitis". Eine Berner Professorin für angewandte Psychologie gab soeben der Presse davon Kenntnis, daß sie vor einiger Zeit ihre hervorragendsten Kollegen in Frankreich, England, Holland, Vereinigten Staaten und Brasilien, die am Bonner Kongress teilzunehmen gedenken, mit einem Aufsatz bekannt gemacht hat, den Prof. Dr. Sander 1937 veröffentlichte. In dieser Arbeit, die sich "Deutsche Psychologie und nationalsozialistische Weltanschauung" betitelt, schrieb Prof. Dr. Sander u.a. folgende Sätze:

"Die Ausschaltung des parasitisch wuchernden Judentums hat ihre tiefe ethische Berechtigung in diesem Willen zur reinen Gestalt des deutschen Wesens."

"Die deutsche Psychologie der Gegenwart und die nationalsozialistische Weltanschauung - beide sind ausgerichtet auf das gleiche Ziel."

"Adolf Hitler, unser Führer, selbst ein genialer Psychologe von Gottes Gnaden, weist in seinem Kampfbuch immer wieder hin auf die psychologischen Voraussetzungen politischen Tuns."

Nach dieser Konstatierung der braunen Wurzeln auf dem geistigen Körper des Psychologen Sanders, der von seiner Haltung im Dritten Reich bis heute nicht öffentlich abgetrennt ist, wurde seitens der "Internationalen Union der Psychologen" ein scharfer Druck ausgeübt, um ihn wenigstens als Vorsitzenden des Bonner Organisationskomitees des Kongresses zu entfernen, da sonst die Abhaltung in Bonn unmöglich geworden wäre. An seine Stelle wurde nunmehr ein anderer Psychologe, der in der nationalsozialistischen Zeit im Konzentrationslager gesessen hatte, gewählt.

In der Schweiz fragt man sich, sowohl in schweizer wie ausländischen Kollegenkreisen, wieso ein so belasteter Universitätslehrer 1960 schon wieder an einer deutschen Hochschule lehren darf und auf die Jugend Einfluss zu nehmen in der Lage ist. Derartige Schönheitsfehler in der Bundesrepublik machen diese immer von neuem suspekt und man zweifelt an der ehrlichen und wirklichen Besserung auch des deutschen Geisteslebens. Wieso musste erst von ausländischen Gelehrten ein Druck ausgeübt werden, um Prof. Dr. Sander zu einem an sich selbstverständlichen Schritt zu bewegen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel